

VOR DER WAHL IN BRANDENBURG

Wo man alles sagen kann

Von Julia Encke

Vor den Landtagswahlen in Brandenburg veranstaltet der PEN Berlin in Ludwigsfelde und Potsdam zwei Diskussionen zur Meinungsfreiheit. Wichtigster Akteur: das Publikum.



Vor den Landtagswahlen: Straße in Eberswalde

Es sind die letzten Tage vor der Wahl in Brandenburg. Die Laternenpfähle, die die Straßen Richtung Ludwigsfelde säumen, sind von oben bis unten mit Wahlplakaten zugetackert. Und wenn an der Potsdamer Straße, wo der Moderator der 20-Uhr-Nachrichten der „Tagesschau“, Constantin Schreiber, gleich mit der Schriftstellerin Juli Zeh diskutieren wird, Plakate ganz unten an den Laternen den Spruch „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“ verkünden, wirkt dies auf bizarre Weise so, als bezöge er sich auf die Slogans der Parteien weiter oben. Doch handelt es sich um gar kein Parteiplakat, sondern um die Ankündigung der Veranstaltungsreihe

des PEN Berlin, zu der hier an diesem Abend der „Tagesschau“-Sprecher und die Schriftstellerin eingeladen sind.

Meinungsfreiheit als Programm

37 solcher „Gespräche über Demokratie und Meinungsfreiheit“ hat der Schriftstellerverband im Vorfeld der Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen und jetzt in Brandenburg organisiert, von Eisenhüttenstadt bis Perleberg, von Frankfurt/Oder bis Eberswalde. Die Diskussionen in Ludwigsfelde und am darauffolgenden Abend im Waschhaus Potsdam, wo die Schriftstellerinnen Eva Menasse und Monika Maron auftreten sollen, bilden den Abschluss. Ausgangspunkt ist das Kernanliegen des PEN: Der Einsatz für die Meinungsfreiheit stehe im Zentrum der Arbeit der internationalen Schriftstellervereinigung, heißt es in der Ankündigung. Und auch in Deutschland sei es „nach Wahrnehmung vieler um die Meinungsfreiheit nicht gut bestellt“. Einerseits seien die Mittel und Möglichkeiten, Kritik zu formulieren und sich Gehör zu verschaffen, noch nie so groß gewesen wie heute. Zugleich wachse die Zahl derer, die sich eingeschränkt fühlten. Hier will man ansetzen. Sie seien davon überzeugt, so Eva Menasse, zusammen mit dem Journalisten Deniz Yücel Sprecherin des PEN Berlin, dass Demokratie von Auseinandersetzung lebe. „Daher suchen wir das Gespräch mit Menschen, die befürchten, ihre Meinung nicht mehr frei äußern zu können.“

Dass sie sich mit dieser Diagnose auf eine Studie des Allensbach-Instituts aus dem vergangenen Jahr beziehen, verwundert insofern, als die Studie und ihre Ergebnisse wegen ihrer als suggestiv empfundenen Fragestellungen von vielen durchaus kritisch beurteilt wurden. Die Studie hatte ermittelt, dass nur noch 40 Prozent der Befragten das Gefühl haben, „dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann“, 44 Prozent dagegen fanden, es sei „besser, vorsichtig zu sein“. Auch der PEN Berlin liest das als „Zustimmung“, so steht es in der Ankündigung, „dass die Meinungsfreiheit eingeschränkt sei“. Sitzt man einmal im Saal, versteht man aber schnell, dass der „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“-Titel einen Effekt in zwei Richtungen entwickeln soll: Zum einen kann er Menschen ansprechen, die den Eindruck haben, dass sie in ihrer Meinungsfreiheit eingeschränkt seien, und sie einladen, sich bei den PEN-Abenden frei zu äußern. Zum anderen richtet er sich an diejenigen, die dem widersprechen und der Auffassung sind, dass man in Deutschland doch in einem freien Land lebe und Meinungsfreiheit schließlich im Grundgesetz verankert sei. Im Idealfall kommen beide Seiten ins Gespräch.

Der große Saal des Klubhauses in Ludwigsfelde ist voll. Die prominenten Gesprächspartner, Schreiber und Zeh, sind Publikumsmagneten. Dass aber auch all denen, die gekommen sind, ein aktiver Part zuteilwerden soll, bringt bei der Eröffnung des Abends der Autor Aron Boks, selbst PEN-Mitglied, einnehmend unterhaltsam zum Ausdruck, indem er, wie an jedem der in der Reihe organisierten Veranstaltungen, mit einem Fragespiel beginnt. Wer seinen Fragen zustimme, so Boks, solle die Hand heben, wer nicht, sei aufgefordert, diese unten zu lassen. Mitmachen wäre

aber schon schön. Und es machen die allermeisten mit: „Wer im Saal ist gebürtiger Ossi?“ (eher viele Hände oben), „wer gebürtiger Wessi?“ (wenige). „Wer glaubt, der alte Westen versteht den Osten nicht?“ (wieder sehr viele Hände oben), bei der umgekehrten Frage weniger. „Wer sagt noch Konsum? Wer Kaufhalle?“ Einzelne Arme gehen nach oben. „Wer hält Badekleidung im Allgemeinen für überflüssig?“, viele lachen. „Wer wünscht sich Angela Merkel zurück?“, jetzt lacht der ganze Saal. Wenige geben an, Mitglied in einer Partei zu sein, in Vereinen sind dagegen viele. „Lügenpresse“ halten einige für ein „böses Wort“, kaum einer findet, dass die AfD „zu schlecht gemacht wird“. Jedenfalls bleiben die allermeisten Hände bei der Frage unten, wogegen die allermeisten hochgehen, als Boks fragt: „Wer findet, dass in Deutschland Meinungsfreiheit herrscht?“

Die Eisbrecher-Performance funktioniert, im Saal herrscht gute Laune, das Publikum fühlt sich buchstäblich angesprochen, was auch während des weiteren Verlaufs des Abends anhält und beeindruckend zu verfolgen ist. Denn es ist das Publikum selbst, das sich über das Saalmikrofon zu Protagonistinnen und Protagonisten der Diskussion macht und dabei nicht etwa nur Fragen an „die da oben“ auf dem Podium stellt oder deren Aussagen kommentiert, sondern sich und seine Anliegen auch unabhängig davon ins Spiel bringt und aufeinander reagiert.

Shitstormerfahrungen

Zu der Frage, ob es in Deutschland Meinungsfreiheit gebe, sagt Juli Zeh, dass sie diese als Juristin bejahe, seit der Corona-Zeit aber festgestellt habe, dass sie, wenn sie öffentlich spreche, nicht mehr so reden könne, „wie ihr der Schnabel gewachsen“ sei. Sie habe bemerkt, wie sie angefangen habe, sich „selbst zu zensieren“. Und wo man anfangen, sich zu zensieren, so Zeh, da beginne es mit der Einschränkung. Constantin Schreiber, der ihr gegenüber sitzt, sieht es ähnlich: „Ja, natürlich kann ich alles sagen, ich kann meine Meinung kundtun.“ Aber es gebe Themen, bei denen man sich das überlegen sollte, „weil es mit sozialen Konsequenzen verbunden ist“. Er spielt dabei auf einen Zwischenfall an, den er in seinem gerade erschienenen Buch „Lasst uns offen reden! Warum Demokratie furchtlose Debatten braucht“ näher beschrieben hat. Bei einer Lesung aus seinem Buch „Glück im Unglück“ hätten im August 2023, heißt es dort, „linksextreme Aktivisten an der Uni Jena“ erst „Keine Bühne für Rassisten!“ skandiert, und einer von ihnen habe ihm dann eine Torte ins Gesicht geklatscht. Schreiber führt das auf die zum Teil kritische Rezension seines Romans „Die Kandidatin“ zurück. Darin entwirft er ein Szenario für Deutschland um 2050, in dem eine Muslimin sich für das Amt der Bundeskanzlerin zur Wahl stellt, während die Gesellschaft auseinanderbricht und sich rechte und linke Anhänger noch unerbittlicher gegenüberstehen.

Und so tauschen sich die beiden Gäste auf dem Podium über ihre „Shitstormerfahrungen“ aus und wie diese dazu führten, dass sich sogar ihnen bekannte „Diskurssoldaten“ (Zeh) zurückzögen und nicht mehr bereit seien, Interviews zu geben, weil man schnell „aussortiert“ und „als Nazi

abgetan“ werde. Eine Erfahrung, die das – weniger prominente – Publikum nicht so teilt, weshalb sich von hier aus erst lauter Medienfragen anschließen und die Diskussion in eine eigene Richtung gelenkt wird. Eine Frau, 72 Jahre alt, versteht nicht, warum „Medien immer eine Meinung vorgeben“ müssten, der „Spiegel“-Titel mit Sahra Wagenknecht etwa, die Sprengstoff in den Händen halte, da wisse sie doch gleich, „dass das in eine bestimmte Richtung“ gehe. Eine andere will klarstellen, wie glücklich wir uns schätzen können, in einem freien Land wie Deutschland zu leben. Eine dritte Person möchte über Zivilcourage reden, den Mund aufzumachen, sagt sie, das sei auch Zivilcourage, sich einzumischen gegen Widerstände. Statt „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“ ein „Das wird man ja wohl sagen müssen“. Schreiber führt in diesem Punkt ein eher defensiveres Konzept an: „Zivilcourage besteht auch darin, einfach mal eine andere Meinung auszuhalten“, sagt er.

Niemand wird zum Gendern gezwungen

Wenn der „Tagesschau“-Sprecher nicht irgendwann zum Zug gemusst hätte, wäre die Diskussion vermutlich noch lange weitergegangen. Auch am darauffolgenden Abend im Waschhaus in Potsdam ist das der Eindruck, wo so viele Menschen kommen, dass die Veranstaltung nach draußen verlegt werden muss, gleich gegenüber der Bühne, wo ein paar Tage zuvor noch die Antilopen Gang ihr Album „Alles muss repariert werden“ gefeiert hat: Da wurde es nach mehr als zwei Stunden allen kalt, sonst hätten sicher die allermeisten ausgeharrt.

Monika Maron und Eva Menasse, die hier einander gegenüber sitzen, sind zwei meinungsstarke Streiterinnen. Dass Maron zu Beginn sagt, sie habe sich gewundert, auf dieses Podium eingeladen worden zu sein, weil dies seit zehn Jahren nicht mehr passiert sei, weist Menasse als richtungsweisende Eröffnung beiläufig zurück, indem sie dafür plädiert, „keine verkürzten Narrative“ zu bedienen, und betont: „Wir werden verlegt, wir werden veröffentlicht. Wir leben in einem der freiesten Länder der Welt.“ Im Publikum meldet sich jemand und behauptet, die öffentlich-rechtlichen Sender würden „Gendersprache verordnen“, Menasse widerspricht. Maron sieht sich durchaus bevormundet: „Ich bin gegen die Gendersprache!“ – Menasse: „Niemand wird zur Gendersprache gezwungen!“ – Maron: „Ich höre es im Radio.“ Was eine Zumutung für sie sei. Es geht eine Weile so weiter. Als der Moderator des Abends, der Journalist Jan Feddersen von der „taz“, dann zu noch einer Frage über das Gendern anhebt, rufen gleich mehrere Teilnehmer aus dem Publikum: „Themawechsel!“ oder „Deswegen sind wir doch gar nicht hier!“. Und eine junge Frau in den vordersten Reihen regt sich auf: „Man findet keine Wohnung, keinen Kitaplatz, die Krankenhäuser sind überlastet – das sind die Probleme und nicht das Gendern!“ Solche Debatten seien Ablenkungsmanöver, heißt es später. Da ist Monika Maron gerade „umzingelt von Windrädern“.

Das Publikum moderiert schon fast selbst

Die Beiträge aus dem Publikum reißen nicht ab. Die Autoren Aron Boks und Simone Buchholz, die mit den Mikrofonen herumgehen, sind die ganze Zeit in Bewegung. „Ich glaube, wir reden zu wenig darüber, wer geschützt werden soll in einer Demokratie“, sagt eine Teilnehmerin. Vielleicht gehe es gar nicht so sehr darum, was man sagen könne und was nicht, sondern darum, dass es kein Vertrauen in die Institutionen und deren Akteure gebe, die vorhandenen Probleme lösen zu können, sagt ein anderer. In Thüringen hätten 25 Prozent derjenigen, die im Gesundheitswesen arbeiten, einen Migrationshintergrund. „Was wären wir ohne sie?“, fragt ein Journalist. Und als die gebürtige Österreicherin Eva Menasse sagt, sie sei dafür, dass in Thüringen und Sachsen die AfD in die Verantwortung komme, und das mit den Erfahrungen mit rechten Regierungen in Österreich begründet, die sich selbst schnell in Schutt und Asche gelegt hätten, ist es ein Redner aus dem Publikum, der widerspricht: „Frau Menasse, ich glaube Ihrer These der Entzauberung der Rechten nicht. Die Geschichte spricht dagegen.“ Fast moderiert das Publikum die Diskussion hier schon selbst.

Die letzten Worte gehören an diesem Abend der Schriftstellerin Monika Maron. Sie sagt: „Ich wünsche mir, dass all die Leute, die glauben, dass sie ihre Meinung nicht sagen können, es einfach tun.“ Maron bringt damit das, was die PEN Berlin-Reihe „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“ erreichen wollte und auf beeindruckende Weise erreicht, auf den Punkt. Man wüsste nicht, wo in letzter Zeit Kulturveranstaltungen stattgefunden haben, bei denen das Publikum einen so aktiven Part hatte und Teilnehmer sich so respektvoll begegnet wären. Das Ganze war wie eine gelungene Vorführung, dass und wie wir trotz unterschiedlicher Ansichten alle miteinander reden können. Und man am Ende doch alles sagen kann.